

Teures Gas, günstige Wärmepumpe? Plötzlich hat Habeck eine ganz andere Preisprognose

Welt, 23.08.2023, Philipp Vetter

<https://www.welt.de/wirtschaft/energie/plus247044962/Teures-Gas-guenstige-Waermepumpe-Habeck-hat-ploetzlich-ganz-andere-Prognose.html?cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft>

Die Grünen haben immer wieder vor massiv steigenden Gaspreisen gewarnt. Doch nun gibt das Wirtschaftsministerium zu, dass man gar nicht mit einem deutlichen Plus rechnet. Auch vom Versprechen, dass der Ökostrom für die Wärmepumpe bald billiger wird, ist plötzlich keine Rede mehr.

Es war eine dramatische Warnung, die die Co-Vorsitzende der Grünen, Ricarda Lang, im Juni auf dem Höhepunkt der Diskussion um das Heizungsgesetz von ihrem Parteifreund und Wirtschaftsminister Robert Habeck richtete: Wer sich heute noch eine neue Gas- oder Ölheizung einbauen lasse, sitze in der „Kostenfalle“, sagte sie in der ARD.

„In ein paar Jahren – spätestens ab 2027, wenn der Zertifikatehandel auch auf Wärme angewendet wird, also die CO₂-Preise auf Gas und Öl steigen – stehen die dann mit unbezahlbaren Heizkosten da.“

Auch Habeck selbst äußerte sich bereits im April in einem Interview mit den Funke-Medien ganz ähnlich: „Die Preise für Erdgas und Heizöl werden ab 2027 durch den EU-Emissionshandel kontinuierlich steigen. Allein schon deshalb sollte man bei einer so langfristigen Investition wie einer Heizung auf Erneuerbare setzen.“

Aber erwartet die Bundesregierung wirklich „unbezahlbare“ Gaspreise? Die Antwort auf eine Kleine Anfrage der Unionsfraktion im Bundestag, die WELT vorliegt, zeigt nun, dass die Regierung intern mit ganz anderen Zahlen rechnet. Zwar verweist das Bundeswirtschaftsministerium in seiner Antwort darauf, dass Energiepreisprognosen „mit großer Unsicherheit behaftet“ seien.

Die Wirtschaftlichkeitsberechnungen im Rahmen des Heizungsgesetzes beruhen jedoch „auf umfangreichen Modellierungen des Energiesystems und beziehen mögliche Entwicklungen von CO₂-Preisen sowie Netzentgelte und sonstige Abgaben und Umlagen mit ein“.

Doch statt eines dramatischen Anstiegs der Gaspreise wird zunächst ein weiterer Rückgang erwartet. Von 18,85 Cent pro Kilowattstunde (kWh) im Jahr 2022 soll der Erdgaspreis zunächst bis 2024 wieder auf 12,07 Cent sinken. In den Folgejahren bis 2030 erwartet das Bundeswirtschaftsministerium dann zwar leicht steigende Preise, die jedoch weiter unterhalb von 13 Cent pro kWh liegen sollen.

Selbst 2035 rechnen Habecks Experten mit einem Preis von 14,4 Cent pro Kilowattstunde noch einen geringeren Preis als 2022 und 2023. Zwar liegt das Niveau damit weiterhin deutlich über den Preisen vor Beginn des russischen Angriffskrieges. Doch von einer Kostenfalle kann zumindest in den kommenden zwölf Jahren keine Rede sein.

Auch das Versprechen, dass durch den kontinuierlichen Ausbau der erneuerbaren Energieträger in den kommenden Jahren mit deutlich sinkenden Strompreisen zu rechnen sei, spiegelt sich in den Prognosen der Bundesregierung nicht wider.

Für einen Wärmepumpentarif müsse man im vergangenen und in diesem Jahr durchschnittlich 33,55 Cent pro Kilowattstunde bezahlen, heißt es in der Antwort von Habecks Ministerium. 2024 soll der Preis dann zwar auf 30 Cent/kWh fallen, aber bis 2035 auch wieder auf 31,53 Cent/kWh steigen. Damit würde der Strompreis für Wärmepumpen in zwölf Jahren nur um zwei Cent sinken.

Auch bei den regulären Stromtarifen sieht es nicht deutlich anders aus: Von 41,94 Cent/kWh in 2022 und 2023 soll der Preis zunächst im kommenden Jahr auf 37 Cent fallen, dann aber auch bis 2035 wieder langsam auf 38,89 Cent/kWh steigen.

Bei der Fernwärme erwartet die Bundesregierung zunächst einen deutlichen Preisanstieg vom Niveau im Jahr 2022 von durchschnittlich 15,72 Cent/kWh auf 18 Cent/kWh in diesem Jahr. Dann soll der Fernwärmepreis bis 2025 wieder auf 14 Cent/kWh fallen und dann langsam bis 2035 wieder auf 15,46 Cent/kWh steigen.

Es ist zumindest eine überraschende Antwort, dass sich die Kosten für unterschiedliche Energieträger innerhalb einer Dekade deutlich weniger verändern werden als man angesichts der öffentlichen Äußerungen der Grünen-Vertreter erwarten könnte.

In einer zentralen Frage gibt sich Habecks Ministerium ahnungslos

Viele andere Fragen der Unionsfraktion werden vom Wirtschaftsministerium außerdem nur ausweichend oder gar nicht beantwortet. Insgesamt hatten die Abgeordneten von CDU und CSU 90 Fragen zum Gebäudeenergiegesetz (GEG) gestellt, das unmittelbar nach dem Ende der politischen Sommerpause voraussichtlich am 8. September beschlossen werden soll.

In einer zentralen Frage des Heizungsgesetzes gibt sich Habecks Ministerium ahnungslos: Die Union wollte wissen, mit welchen CO₂-Einsparungen die Bundesregierung durch das nun völlig veränderte Gebäudeenergiegesetz rechnet. Schließlich ist der Sinn des gesamten Gesetzes, den Ausstoß von klimaschädlichem CO₂ im Gebäudesektor deutlich zu reduzieren.

Doch das Wirtschaftsministerium antwortet lapidar: „Hierzu liegen der Bundesregierung gegenwärtig noch keine abschließenden Abschätzungen vor.“ Die Regierung weiß nach eigenen Angaben noch immer nicht, wie stark der CO₂-Ausstoß durch den veränderten GEG-Entwurf sinken würde. Und das, obwohl das Gesetz schon vor Wochen hätte verabschiedet werden sollen, hätte das Bundesverfassungsgericht den Beschluss im Hauruck-Verfahren nicht verhindert.

Genauso ahnungslos gibt sich das Wirtschaftsministerium bei der Frage, welche Kosten durch das nun geänderte Gesetz entstehen werden. Es sei davon auszugehen, dass sich die Kosten in den ersten Jahren „deutlich“ reduzieren durch die Änderungen am ursprünglich geplanten Gesetz.

Inzwischen ist in dem Entwurf vorgesehen, dass die Kommunen erst Wärmeplanungen aufstellen müssen, bevor die Regeln des GEG gelten. Dafür haben große Kommunen bis 2026 Zeit, kleine sogar bis 2028.

Dadurch würden sich die Fallzahlen in den Jahren bis 2028 deutlich verringern, schreiben Habecks Mitarbeiter. Aber: „Eine genauere Bezifferung ist aufgrund der fehlenden Datengrundlage, etwa zur Verteilung von Gebäuden auf verschiedene Kommunengrößen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich.“